



## Pressemitteilung

der CDU Stadt Gießen und der CDU Stadtverordnetenfraktion

### **CDU kritisiert Ausweitung der parkgebührenpflichtigen Zeiten Unverständnis herrscht bei den Christdemokraten über die massive Ausweitung.**

GIESSEN. Der Stadtverband der CDU Gießen kritisiert die massive Ausweitung der parkgebührenpflichtigen Zeiten in der Stadt Gießen. „Zwar hat die Linkskoalition im letzten Jahr beschlossen, dass die Parkgebühren erhöht werden, aber die Parkgebührenordnung wurde hinsichtlich der Zeiten nicht konkretisiert, sodass wir uns sehr wundern, wie und aus welchen Gründen der grüne Bürgermeister Wright nun auch noch die Zeiten massiv ausweitet. Hiervon hatten wir bisher keine Kenntnis und sind erst selbst mit Gesprächen mit anliegenden Restaurants, Geschäften und Parkenden darauf aufmerksam geworden“, erklärt Stadtverbandsvorsitzender Frederik Bouffier.

Dass Ordnungsdezernent Wright anlässlich eines Termins zur Ankündigung des Handyparkens über die zeitliche Ausweitung informiert habe, verwundert die Christdemokraten. "Scheinbar werden solche erheblichen Eingriffe und Veränderungen nunmehr nur noch gegenüber der Presse und wenigen selbst ausgewählten Personen geäußert; die Politik und Fraktionen aber nicht direkt, sondern nur über die Presse informiert“, fragt sich Fraktionsvorsitzender Klaus Peter Möller.

Auch aus diesen Gründen fragen die Christdemokraten nun in der Stadtverordnetenversammlung danach, „nach welchen Kriterien, nach welchen Maßstäben und auf welcher Rechtsgrundlage die massive Ausweitung der parkgebührenpflichtigen Zeiten in Gießen stattgefunden hat und zu welchem Datum die Ausweitung in Kraft getreten ist. Insbesondere ist völlig offen, welche Zonen und welche Straßen von welcher Ausweitung betroffen sind und wann die Umschaltung in den Parkautomaten durch das Ordnungsamt erfolgt“, fragt Fraktions- und Parteivize Kathrin Schmidt. Auch will die CDU wissen, wie viele Parkplätze insgesamt seit der Kommunalwahl 2021 durch die Linkskoalition und die linke Mehrheit im Magistrat über Ordnungsdezernent Wright weggefallen seien.

„Mit der Ausweitung der parkgebührenpflichtigen Zeit ist versucht worden, heimlich, still und leise Gravierendes zu verändern. Daran ändert das von Wright angeführte „Gespräch zur Ankündigung zum Handyparken“ nichts. So geht man mit Parkenden, Geschäftsleuten, Restaurantinhabern nicht um“, meint Bouffier. Möller erklärt abschließend: „Es passt sinnbildlich in die grüne Stadtpolitik: radikale Maßnahmen Hals über Kopf beschließen und dies einseitig zulasten der nach Corona gebeutelten Innenstadt. So wird die Innenstadt immer unattraktiver. Das ist von Wright scheinbar so gewollt.“

*Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung*